STADT BERNBURG (SAALE)

Die Oberbürgermeisterin

Beschlussvorlage 0507/22

Annahme von Zuwendungen aller Art für obdachlose Geflüchtete aus der Ukraine

Allgemeine Informationen

Datum	15.03.2022	Öffentlichkeitsstatus	öffentlich
Amt	Rechtsamt	Aufgestellt von	König, Kathrin
Aktenzeichen	30 98 10	Beschlusskontrolle	31.12.2022

Mitzeichnung

Name	Amt	Name	Amt
Ost, Christine	Rechtsamt		

Dr. Silvia Ristow
Oberbürgermeisterin

Beratungsfolge

Gremium	Datum	Ja	Nein	Enthaltungen
Hauptausschuss	07.04.2022			

Finanzielle Auswirkungen

☒ Ja	☐ Nein
--	-------------------------------

Erläuterungen

Einnahmen für die Unterbringung und Verpflegung für obdachlose Geflüchtete aus der Ukraine in Höhe von mindestens 1.000,- €.

1. Inhaltsangabe

Für die Unterbringung/Versorgung von obdachlosen Geflüchteten aus der Ukraine werden durch die Stadt Bernburg (Saale) Zuwendungen aller Art angenommen. Für die Annahme von Zuwendungen über 1.000,- € ist der Hauptausschuss zuständig.

2. Begründung

Die Stadt Bernburg (Saale) ist zuständig für die Unterbringung obdachloser Menschen und beteiligt sich im Wege der humanitären Hilfe an der Unterbringung und Versorgung von obdachlosen Geflüchteten aus der Ukraine.

Es besteht die Möglichkeit, dass für die Unterbringung/Versorgung von obdachlosen Geflüchteten aus der Ukraine Zuwendungen aller Art in einer Höhe von über 1.000,- € angeboten werden, die die Stadt annehmen möchte, um die notwendige Hilfe zu realisieren und zu finanzieren.

Durch § 99 Abs. 6 Kommunalverfassungsgesetz LSA (KVG LSA) wird die Annahme von Spenden, Schenkungen und Zuwendungen wie folgt geregelt:

„Die Kommune darf zur Erfüllung einzelner Aufgaben nach § 4 Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen einwerben und annehmen oder an Dritte vermitteln, die sich an der Erfüllung von Aufgaben nach § 4 beteiligen. Die Einwerbung und die Entgegennahme des Angebotes einer Zuwendung obliegen dem Hauptverwaltungsbeamten. Über die Annahme oder Vermittlung entscheidet die Vertretung. Abweichend von Satz 3 kann die Vertretung die Entscheidung über die Annahme oder Vermittlung bei geringfügigen Zuwendungen auf den Hauptverwaltungsbeamten oder einen beschließenden Ausschuss übertragen. Die Wertgrenzen nach Satz 4 sind in der Hauptsatzung zu bestimmen. (...)“

Nach § 7 Abs. 4 Nr. 8 der Hauptsatzung der Stadt Bernburg (Saale) darf die Oberbürgermeisterin Zuwendungen nur bis zu einer Höhe von 1.000,- € annehmen. Darüber hinaus ist der Hauptausschuss gem. § 5 Abs. 1 Nr. 11 der Hauptsatzung für die Annahme bis zu einer Wertgrenze von 100.000,- Euro zuständig.

Die Unterbringung Obdachloser, für die die Zuwendungen gegeben werden, ist eine Aufgabe der Stadt, angesiedelt im Sozialamt. Die Stadt darf die Spenden nach § 99 Abs. 6 Satz 1 KVG LSA also annehmen.

Damit die angebotenen Spenden jeweils sofort angenommen und für den Zweck, Versorgung und Unterbringung der Geflüchteten aus der Ukraine, eingesetzt werden können, wäre eine pauschale Genehmigung des Hauptausschusses zweckmäßig.

Der Hauptausschuss wird gebeten, eine allgemeine Annahmegenehmigung Zuwendungen aller Art über 1.000,- € für Geflüchtete aus der Ukraine zu erteilen. Der Bericht, in welcher Höhe tatsächlich Zuwendungen angenommen wurden, erfolgt als Information über den Zuwendungsbericht.

3. Beschlussvorschlag

1. Der Hauptausschuss der Stadt Bernburg (Saale) beschließt, angebotene Zuwendungen aller Art für die Unterbringung und Versorgung obdachloser Geflüchteter aus der Ukraine mit einer Höhe von je über 1.000,- € anzunehmen.
2. Der Bericht über hier noch nicht bestimmte Zuwendungen erfolgt als Information über den Zuwendungsbericht, es ergeht keine gesonderte Beschlussvorlage.

Anlagen